

Konzept Haushaltsrede
Ulrich Heinrich, UWG-Ratsfraktion
Gemeinderats-Sitzung am 21. Februar 2018
(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, werte Rats-Kolleginnen und Rats Kollegen!

„Machen wir uns nichts vor. Wir stehen im Wettbewerb mit anderen Kommunen.“

So sieht es auch der Leiter des Bauordnungs-/Planungsamtes der Stadt Olpe, der überzeugt ist, dass eine private Investition in Höhe von 6,5 Mio. € in eine Eventhalle, in ein Dach-Café mit 360° Rundumsicht und in ein Hotel am Biggensee die Stadt Olpe noch attraktiver macht (WR 06.01.2018).

Der Mann hat gut reden.

Die Stadt muss nur die Baugenehmigung erteilen und bekommt, ohne selbst einen Euro beizutun, ein weiteres die Attraktivität der Stadt steigerndes Besucher- und Freizeitmagnet umsonst dahingestellt.

Da könnte man neidisch werden. Konkurrieren wir doch ebenso mit anderen Kommunen, was besonders Gewerbestandorte, Schularten, Einzelhandel, Fremdenverkehr, Freizeit- und Kulturangebote und Wohnungsmarkt/Eigenheimbau betrifft.

Der **Einzelhandel** in der Gemeinde Wenden soll nicht nur stagnieren, sondern Mühe haben, sich gegen den Abwärtstrend zu behaupten. Zunehmende Kaufkraftabwanderung nach Olpe und Siegen. (WR 20.2.2018)
Was kann die Politik dagegen tun? Verbesserung der Rahmenbedingungen?
Aufenthaltsqualität/Verweildauer/Ambiente/Flair?
Dazu schon das Einzelhandelskonzept 2009. Defizite im Angebot!? (Drogeriemarkt?)
Aktivitäten der Einzelhändler selbst?
Bei der Vorstellung des fortgeschriebenen Einzelhandelskonzeptes 2016 waren sie nicht dabei!

Die UWG-Fraktion bejaht jedenfalls die Aufwendungen für bereits durchgeführte Maßnahmen wie für eingeleitete Schritte zur **Fortentwicklung unserer Gemeinde** auf den verschiedensten Gebieten,

hervorzuheben sind

- an erster Stelle der in Arbeit befindlichen **FNP**, mit dem dringend benötigte IGB und Wohnbauflächen geschaffen werden sollen
- verschiedene **LEADER-Projekte**, unter anderem das „Multi-funktionale Sportfeld“ in Elben, „Pumptrack“ in Gerlingen, „Bigge Themen-/erlebnisweg“, „Skulpturenweg“ Wendener Hütte
- Initiativen auf örtlicher Ebene wie Dorfplatz Ottfingen, Turmbau zu Heid, die Heider Kunsttour, Gestaltung Ortsmitte Wenden-Gestaltung (Platz Hünsborner Str./Hauptstr.)
- die Aktion „Unser Dorf hat Zukunft“ – Heid Kreissieger, Teilnahme am Landeswettbewerb
- der Ausbau Radwegenetz, Verbindung nach Wildenburg, Brückensanierungen, Verlängerung nach Schönau zeichnet sich ab.
- Und ganz aktuell: der angestrebte **Erwerb von Balcke-Dürr**. Das weitläufige Gelände bietet vielfältige Entwicklungschancen, sowohl was die Gewerbeansiedlung – Stichwort: Zukunftswerkstatt – betrifft, als auch für attraktives Wohnen. Über konkrete Gestaltungs- und Nutzungsmöglichkeiten wird noch

zu reden sein, auch hinsichtlich der Folgekosten. Jedenfalls sieht unsere Fraktion die 2.5 Mio. € für den Ankauf sehr gut angelegt.

- Zusammen mit dem Abriss der Bahnbrücke, dem Radweg nach/von Wildenburg, Schaffung von Wohnbauflächen und einer geplanten „Erlebnisstation“ am Biggeufer Höhe Dorfplatz im Zuge des „Bigge Themen-/Erlebniswegs“ erfährt die Ortschaft **Rothemühle** eine enorme „städtebauliche“ Aufwertung, ein „Update“ wie man heute sagt.

Wie man sieht, sind wir auf dem richtigen Weg, aber aus unserer Sicht längst noch nicht am Ziel. Da könnten noch mehr Potentiale ausgeschöpft werden.

Denkenswert wäre ein „**Gemeindeentwicklungskonzept**“, in dem Maßnahmen zur weiteren **Dorferhaltung und -gestaltung** – Stichwort: **Stärkung des ländlichen Raumes** - kreiert, koordiniert und umsetzungsreif beschlossen werden, und zwar mit Beteiligung der Bürgerschaft und der (örtlichen) Kommunalpolitiker. Für solche Programme gäbe es wohl auch Fördergelder (ILEK). Die Federführung läge bei der im Rathaus neu geschaffenen Stelle „Wirtschaftsförderung, Tourismus, Marketing“ (Stichwort: Marke Wenden) in guten Händen.

Antrag:

Die Verwaltung informiert bis zur Sommerpause über ihre Vorstellungen - Für und Wider - zu einem Gemeindeentwicklungskonzept.

Darauf basierend ist das weitere Vorgehen ergebnisoffen zu beraten und zu entscheiden.

Nochmal zurück zu der privaten 6.5 Mio. € - Investition in Olpe.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, was sind schon 6.5 Mio. € im Vergleich zu 12.0 Mio. €, die die Firma **Dornseifer** in die Modernisierung und in den Ausbau ihres Betriebes in Hünsborn investieren und in den kommenden Jahren zudem bis zu 30 neue Arbeitsplätze schaffen will.

Ein Segen und Bekenntnis für den **Gewerbe-/Industriestandort Wenden**. Das gilt auch für die hier ungenannten Betriebe, die ihren Beitrag für die Gemeinde leisten.

Wie wichtig florierende Unternehmen und Gewerbetriebe in einem gesunden Branchenmix für den **Wohlstand in unserer Gemeinde** sind, veranschaulicht das **Gewerbesteueraufkommen** 2017 in Höhe von knapp 13.0 Mio. €, der größte Einnahmeposten im Haushalt.

Leider wird das, was durch die hier in der Gemeinde ansässigen Unternehmen geschaffen wird, komplett durch die **Kreisumlage** „aufgefressen“.

Über das Thema Kreisumlage ist, wie alljährlich üblich, von allen Seiten geredet und berichtet worden, daher werde ich dazu nichts mehr sagen. Die UWG-Fraktion schließt sich der Kritik an, soweit sie berechtigt ist. Ein kleiner Trost: die Steigerung für die Gemeinde Wenden fällt vergleichsweise geringer aus, als für die anderen Kommunen und Städte.

Derzeit verfügt die Gemeinde über 0,0 qm Gewerbefläche. Stillstand bedeutet Rückgang. Daher sehen auch wir in dem Erschließen von bedarfsangemessenen GIB einen Schwerpunkt der Kommunalpolitik.

Wobei das Ausweisen von geeigneten Flächen immer schwieriger wird, weil entsprechender Freiraum kaum noch zur Verfügung steht. (Eigentum, Struktur + Topographie der Gemeindefläche, Natur-/Umweltrisiktionen).

Die vorgesehenen **Flächen in Hünsborn und Ottfingen** mögen keine Idealfächen („Filetstücke“) sein. Sie sind jedoch aus unserer Sicht aufgrund der angewandten Beurteilungskriterien die geeignetsten von möglichen Alternativstandorten. Die zusätzlichen Verkehrsbelastungen halten sich in erträglichen Grenzen, und die höchstzulässigen Immissionswerte werden nicht überschritten.

Ich hoffe, dass nach der öffentlichen Infoveranstaltung am 17. 1. 2018 in der Aula Wenden, in der klargestellt wurde, dass in Hünsborn weder ein IGB mit Freudenberg noch ein Autobahnanschluss geplant sind, mehr Ruhe und Sachlichkeit in die öffentliche und politische Diskussion einkehren wird. Und dass das übertriebene Kirchturmdenken mehr Einsicht für die Gemeindeinteressen weichen wird.

Während die in Hünsborn-West und in Ottfingen geplanten Flächen die mittelfristige Nachfrage an Gewerbeflächen abdecken soll, ist das **„IGB Ruttenberge – Gerlingen Nord“** als langfristiger **Zukunftsentwurf** gedacht.

Was hier als „fantastisch“ gelobt wird, stößt anderenorts schon auf Ablehnung, zumindest gegen eine mögliche Variante der Verkehrsanbindung.

Grundsätzlich unterstützt die UWG-Fraktion diese Planung mit ihrem doppelten Nutzeffekt:

- Gewerbeflächen, Arbeitsplätze mit direktem Anschluss ans Fernstraßennetz, dadurch
- spürbare Verkehrs-Entlastung für die hart strapazierte Ortsdurchfahrt Gerlingen.

Ich persönlich bin auch für das Vorhaben, bin jedoch eher nüchterner und nicht so „euphorisch“, wie seinerzeit bei der Verfahrenseinleitung zur „Landhecke“. Mein anfänglicher Optimismus schlug nach und nach in Enttäuschung um. Schade, dass das IGB Landhecke nicht realisiert wird. Es wäre aus meiner Sicht die beste Lösung gewesen!

Auch der Weg zum Ruttenberge kein leichter sein!

- **Wie wird die Arbeitswelt in 10 Jahren aussehen?**
- **Wie hoch wird dann der Bedarf an Gewerbeflächen sein?**
- Industrie 4.0
- Digitalisierung, Automatisierung
- E-Mobilität – weniger Komponenten - Autozulieferindustrie aus Region
- Rückgang Kraftwerksbau – siehe Siemens, heimische Zulieferer wie Balcke-Dürr
- Fortschreitende Globalisierung, Importe statt Eigenerstellung
- Home-Office in Bürotätigkeiten
- Wegfall von Arbeitsplätzen infolge Industrie 4.0

Siemens-Chef Kaeser erwartet heftigen Wandel in der Industrie (WR 19.2.18): „Die Folgen des tiefgreifenden Wandels der Industrie in 5 – 10 Jahren wegen der Auswirkungen der industriellen Digitalisierung werden heftig sein.“

Neben der Gewerbestandort-/Wirtschaftspolitik steht die **kommunale Bildungspolitik** nach wie vor im Vordergrund, hier besonders die erheblichen **Aufwendungen für Erhalt, Umbau/Modernisierung und technische Ausstattung der Schulgebäude**.

Kurzer Blick auf wesentliche Eckdaten:

- Aufwendungen für die Schulen insgesamt rd. 4,9 Mio. €
- Abzüglich der Schulpauschale von 395.00 € und dem „Zuschuss“ aus dem Programm „Gute Schule 2020“ von 168.220 € beträgt der **Nettoaufwand immerhin noch rund 4.3 Mio. €**.
- Darin enthalten die **exorbitanten Kosten für Schulbusverkehr**
Regelbeförderung rd. 476.000 € + Sonderfahrten rd. 232.000 €
= **gesamt rd. 708.000 €!**

Hier stellt sich die Frage: Geht es nicht billiger!? Der hohe Anteil für Sonderfahrten!?

Antrag:

Der BM informiert in einer der nächsten Sitzungen über die Kosten für den Schulbusverkehr, u. a. Zusammensetzung, Linienverkehr, Zusatzverkehr, Rechtsanspruch, freiwillige Leistungen der Gemeinde, Sonderfahrten, Taxiverkehr und Einsparmöglichkeiten

- Für **Investitionen**, Ausstattung, Sanierung von Kanälen auf Schulgelände und Umsetzung/Einführung MEP im Plan 2018 = rund 1,7 Mio. €
- Für (teilweise) **Umsetzung des SEP** in allen Schulen sind mittelfristig ab 2019 – 2020 = 1.225 Mio. € vorgeplant. Wobei hinzuweisen ist, dass keine Mittel für die Barrierefreiheit (Aufzüge) für die GS Wenden und GS Rothemühle eingeplant sind! Laut SEP: Barrierefreiheit in GS Wenden nur schwer zu erreichen.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

wir haben uns in den letzten Jahren in erster Linie mit Schulformen, Schülerzahlen, Schulstandorten und Schulleitungen befasst, den Zustand der Schulgebäude jedoch nicht genügend im Blick gehabt. Das mag auch eine Erklärung für den „Sanierungsstau“ sein.

In Anbetracht

- der diesjährigen und mittelfristigen **Investitionskosten**
- der **Betriebskosten** (vor allem Heizung) wegen schlechter Energieeffizienz der um die 50 Jahre alten Gebäude (Heizkörpernischen in Außenwänden, keine Fußbodenheizung, fehlende Außenwandisolierung)
- der kalkulierbaren Kosten für bekannte/offensichtliche **Sanierungen**, z. B. Fassaden
- des Risikos von unkalkulierbaren (latenten) **Baumängeln**, z. B. Feuchtigkeitsschäden in Kellerwänden, die bei den alten Gebäuden nicht ungewöhnlich sind, vergleiche dazu HFA 05. 09. 16 – Drucksache X/ 504 (siehe auch Anmerkung auf letzter Seite)

- der „Rundum-Sanierung“ - ggf. Erweiterung - des **Schwimmbades**, inkl. das sehr aufwendige Herstellen der **Barrierefreiheit**

halten wir den

Abriss der Grundschule Wenden, samt Turnhalle und Schwimmbad, und Neubau im Bereich KAS (alternativ Erweiterung/Aufstockung der KAS)

für eine diskutabile Alternative!

Unser Fazit – und vielleicht sehen es die Anwesenden das auch so -: Kein Hirngespinnst, vielmehr ein prüfungswerter Ansatz für eine in die Zukunft weisende Schulplanung!

In Stichpunkten unsere Überlegungen (nach dem 21. 2. ein paar Punkte klargestellt, weiterhin nicht abschließend, Fortschreibung bleibt vorbehalten)

- Eine Grundschule neben/nahe der KAS (oder Anbau) würde das Schulzentrum komplettieren
- Neubau Grundschule konzeptionell mit Sanierungsplan für Gesamtschule abstimmen
- Schulbesuch vom „I-Männchen“ bis zum Abiturient an ein und demselben Standort
- Räumliche (und menschliche) Nähe zur Gesamtschule, unter Mitbenutzung derer Einrichtungen könnte zum Wechsel dorthin animieren, Abwanderungsquote minimieren, Schülerzahl in den Abiturjahrgängen stabilisieren
- Sind Raumgrößen der GS-Klassen ausreichend – ca. 2,5 qm/SuS? Laut GPA-Bericht 2013 soll die Fläche bei Grundschulen je Klasse im interkommunalen Vergleich unterhalb des Mittelwertes und des Benchmark liegen!?
- Neubau der Grundschule nach neuestem Standard, siehe dazu Richtlinien des Bundesbildungsministeriums und dem Bund Deutscher Architekten (BDA)
- Nach modernsten pädagogische Bedürfnissen und neuesten architektonischen Erkenntnissen bestmögliche Energieeffizienz, Energie autark, Geothermie, Solarenergie Fremdversorger, selbstverständlich komplett barrierefrei, was die jetzige Grundschule Westerberg nicht ist, laut SEP Barrierefreiheit schwer herzustellen
- Aushängeschild für die Gemeinde, landesweite Werbung für ihren Schulstandort, das wäre tatsächliche eine „Gute Schule 2020“ im wahrsten Sinne des Finanzierungs-Programms
- Neubau Turnhalle erübrigt sich, Mitbenutzung der KAS-Sporthalle und des Sportplatzes/der Leichtathletikeinrichtungen
- Mitbenutzung Aula der KAS
- Jetzige Mensa GS Wenden: Essen in zwei Schichten, SEP S. 16: „die vorhandene Mensa ist qualitativ und technisch nicht geeignet, mehr als 100 Kinder zu versorgen. Mit Blick auf die Zukunft (Schule wächst auf mittlere Sicht noch) liegt hier Handlungsbedarf“
- Parkraum unzureichend, Schulgelände mit Bus nicht anfahrbar, Haltestelle auf Severinusstraße, Treppenaufgang
- Neubau **Schwimmbad** – Kostenschätzung Erweiterung ca. 2,4 Mio. € - neben Hubboden sind weitere größere Sanierungen erforderlich, u. a. Böden, Umkleidekabinen, Deckenbeleuchtung, nicht barrierefrei, Barrierefreiheit herzustellen sehr aufwendig/teuer
- Bei KAS: aufkommensgerechter Busbahnhof, Bussteige überdacht, Parkraum schaffen
- Zur Entlastung der Straße Peter-Dassis-Ring zusätzliche Zufahrt über Kinderheid und/oder von Gerlinger Seite ab Elbener Straße prüfen
- Darf kein Tabu-Thema bleiben, auch wenn in manchen Kreisen unpopulär, überlegenswert
- Schließung **Teilstandort Rothemühle**, der nur dank der Kinder aus Ottfingen (derzeit 49) „überlebensfähig“ ist

- Einsparpotential von Betriebskosten + Personalkosten vor Ort
- Besprechungsraum und Sanitätsraum fehlen
- Keine Barrierefreiheit, Barrierefreiheit lt. SEP nicht herstellbar (ABS 27.6.17)
- Ist es unter diesen Umständen pädagogisch und ökonomisch sinnvoll, die Schule auf längere Sicht weiter zu betreiben? (falls GS-Neubau in Wenden - Stammschule)
- Einsparvolumen nach Schließung? Laufender Unterhalt, Betriebs-/Energiekosten, Investitionen
- Fahrkostenneutral von Ottfingen nach Wenden statt nach Rothemühle
- Nutzung/Verwertung/Erlös nach möglicher Schulschließung?
- Nach Abriss der „alten“ Gebäude am Westerberg (Schule, Turnhalle, Schwimmbad – Kosten??)
Umwandlung des Areals – 12400 qm – in **Wohnbaufläche**
- Refinanzierung durch Verkauf von Baugrundstücken – ca. 12 ? –
- Prinzip Innenverdichtung vor Außenentwicklung –
- kein Flächenverbrauch auf grüner Wiese, geeignete Wohnbauflächen ohnehin schwierig zu finden/zu erschließen
- So vermeintliches „Filetstück“ Westerberg (oberhalb der GS) zu aufwendige/kostspielige Erschließung, daher nicht im neuen FNP
- Zentrumsnah, Versorgungseinrichtungen und ÖPVN leicht fußläufig zu erreichen
- Evtl. Sonderbauformen, nicht nur Eigenheime, großenbeschränkte MFH, Reihenhäuser, Mehrgenerationenhäuser
- Ggf. Architektenwettbewerb „Wohnpark Westerberg“ (Mustersiedlung)

Antrag:

Zunächst interne „Machbarkeitsstudie“, vor allem „hauseigene“ Kostenschätzung, darauf basierend Abstimmung über das weitere Vorgehen

Ich verweise auf die Kostenschätzungen von Herrn Hennig Schmidt zum Schwimmbad-Anbau/-Neubau (2.1-2.4 Mio. €) und zum Bau einer Kulturhalle (7.2 Mio. € ohne Grundstück). Der externe Gutachter kalkulierte dafür Kosten in Höhe von 8.8 Mio. € mit Grundstück (rd. 800.000 €). Die Zahlen belegen: Kein signifikanter Unterschied. Qualität ist in der Verwaltung vorhanden, es fehlt an Quantität – bzw. Kapazitäten im Personalbereich.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, nun zu einem ganz anderen Thema.

Wir kennen alle den Gemeindegemeinschaftssportverband, ein Zusammenschluss der sporttreibenden Vereine. Könnte es nicht analog dazu auch einen **Gemeindekulturverband** (Arbeitstitel) geben? Gebildet von kulturschaffenden Vereinen, dem jedoch Privatpersonen beitreten und mitgestalten sollten. Ähnlich wie der Gemeindegemeinschaftssportverband Sport-/Fußballturniere organisiert, könnte der Gemeindekulturverband Kulturveranstaltungen anbieten, dazu auch Fahrten zu Veranstaltungen außerhalb der Gemeinde organisieren.

Beispielsweise die „**WKT**“ – die „**Wendschen -Kultur-Tage**“ – in der Kirmesvorwoche unter Nutzung des Festzeltes (erspart Kosten und Organisation). Oder alternativ wechselweise rundum jeweils in einer anderen Ortschaft. Heimische Kulturschaffende – z. B. Chöre, Musikkapellen, Theatervereine, Solisten, Bands treten auf. Auch die bildende Kunst sollte vertreten sein. Die Vielfalt der hiesigen Akteure auf die Bühne, ggf. ergänzt durch aus Funk und Fernsehen bekannte Entertainer.

Die „WKT“ sind nicht als Konkurrenz zur „Heider Kunst-Tour“ zu verstehen, sondern als Initiator und Träger für ein attraktiveres Kulturangebot in der Gemeinde. Auch das zählt zu einem („weichen“) Standortfaktor.

Ein Versuch wäre es wert!

Antrag:

**Vorbehandlung im Sport- und Kulturausschuss,
Impulsveranstaltung für ein (erstes) Zusammentreffen von (aktiven) Kunst-/Kulturschaffenden und
(passiven) Kunstinteressierten - Ziel: Vereinsgründung**

Zum **Schluss** ein paar Anmerkungen zu „**Bauen und Wohnen**“ in der Gemeinde Wenden

Nach wie vor besteht großes Interesse an den „eigenen vier Wänden“. Der Wunsch zu einem Eigenheim scheint ungebrochen zu sein, und das ist gut so!

Derzeit bewerben sich ca. 50 Bewerber um ein gemeindliches Baugrundstück. Da ist ein heftiges „Gerangel“ um die 10 Plätze in der „Obstwiese“ zu erwarten. Darüber hinaus liegen ca. 15 Anträge/Anfragen auf Abrundungssatzung vor. Die liegen aus „Kapazitätsgründen“ auf Eis. Man sollte die Mitfahrerbanken, die für uns keine Priorität haben, aber für die anscheinend Kapazitäten frei sind, auf die lange Bank schieben, und nicht grundsätzlich genehmigungsfähige Ansprüche auf Baugenehmigung.

Wenn junge Familien, die hier in ihrem „kleinen“ Heimatort sesshaft bleiben (oder zurückkommen!) und bauen wollen, aus „Kapazitätsgründen“ abgewiesen bzw. „vertröstet“ werden, dann fühlt man sich mehr in einem „Bauverhinderungsausschuss“ als in einem Bauplanungsausschuss!

Bei allem Verständnis für die Priorität des FNP, müssen wir für die Behandlung der Abrundungssatzungen eine praktikable Lösung finden!

Der **Bauboom** dürfte richtig angeheizt werden, wenn die neue Regierung das Baukindergeld von 1.200 € pro Kind / 10 Jahre lang tatsächlich beschließen wird. Wahrscheinlich werden wir so viele Baugrundstücke gar nicht anbieten können, wie nachgefragt werden könnten, vor allem dann, wenn auch die Zinsen so niedrig bleiben. Die Fläche „Westerbergschule“ würde helfen, die Nachfrage zu befriedigen!

In diesem Zusammenhang – Bauen und Wohnen in der Gemeinde Wenden- wurde in der Sitzung am 16. 11. 2016 (Vorlage X/570) die Verwaltung beauftragt, eine **Wohnraumbedarfsanalyse** vorzubereiten, um anschließend in einem AK Lösungen/Kriterien namentlich für den Bau von MFH zu entwickeln (so sinngemäß auch im Baulandmanagement).

Wenn ich richtig liege, ist bis heute dieser Beschluss nicht ausgeführt, auch nicht über den Sachstand informiert worden.

Über die „Informationspflicht“ des BM über die **Ausführung von Beschlüssen liegt ein Ratsbeschluss** vor. Dieser sollte wieder (halbjährlich) praktiziert werden, wie von mir bereits in der „Elefantenrunde“ angesprochen und von Ihnen, Herr Bürgermeister, auch zugesagt wurde.

Zitat aus der Niederschrift über die HFA-Sitzung am 05. 09. 2016: „Ratsherr Heinrich spricht sich dafür aus, eine Zustandsuntersuchung der gemeindeeigenen Gebäude und einen Renovierungsplan mit Kostenschätzung für die nächsten zehn Jahre aufzustellen und in einer der nächsten Sitzungen dem Rat zur Kenntnis zu geben. BM Clemens stimmt dem zu.“ Anm.: Bis jetzt noch nicht ausgeführt

Wir stimmen dem Haushaltsentwurf zu unter dem Vorbehalt, dass, wie im HFA auf unsere Anregung einstimmig beschlossen, die Auftragsvergabe in Höhe von 52.000 € für ein Sportstättenentwicklungskonzept vorerst gesperrt bleibt, und die Angelegenheit zunächst an den Sport- und Kulturausschuss verwiesen wird.

Besonderer Dank an die Kämmerei, namentlich an Frau Jacob, die uns bei der Beratung über den Haushaltsentwurf sehr gut (schriftlich und mündlich) unterstützt und beraten hat. Es war wohl für beide Seiten eine „Win-Win-Situation“.

Ein Dankeschön auch an die übrige Verwaltung.....